

Fachbeitrag

Internationale Klimapolitik als Treiber der Agrarwende? Risiken und Chancen in einem dynamischen Politikfeld

Schon heute treibt die Klimakrise bestehende Spiralen von Armut, Hunger und Konflikten weltweit an. Mit dem jüngsten internationalen Klimagipfel COP 27 im ägyptischen Sharm-El-Sheikh betont die internationale Staatengemeinschaft im Abschlussdokument erstmals, dass Ernährungssicherheit und das Ende des Hungers angesichts der besonderen Verwundbarkeit gegenüber der Klimakrise besondere Priorität in der Klimapolitik zukommen müsse. Dies birgt Chancen für eine klimafreundliche, gerechtere Entwicklung aber auch einige Risiken, die eine enge zivilgesellschaftliche Begleitung aus Süd und Nord verlangen.

von Anika Schroeder

KLIMAKRISE MACHT HUNGRIG

Derzeit hungern rund 830 Millionen Menschen auf der Welt. Je nachdem wie stark der Klimaschutz in den kommenden Jahren ausfällt, könnten laut Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) zusätzlich 8 und 80 Millionen bis 2050 an Hunger leiden, insbesondere in Subsahara Afrika. Für ein Hochemissionsszenario rechnet die Weltbank gar damit, dass weitere 183 Millionen Menschen zusätzlich mangelernährt sein werden, wenn nicht endlich entschieden gehandelt wird. Gleichzeitig trägt das Ernährungssystem mit einem Viertel zu den globalen Treibhausgasemissionen bei. Die jüngste Berichtsreihe des IPCC betont, dass mit nachhaltigerer Landwirtschaft, Verringerung der Nachernteverluste und Nahrungsmittelverschwendung sowie eine pflanzenbasierte Ernährung enorme Einsparpotenziale zur Verfügung stehen, die mit vielen Vorteilen für Biodiversität, Ernährungssicherheit und Gerechtigkeit einher gehen.

GLOBALE KLIMAPOLITIK: BISHER KEIN SPIELFELD FÜR SEKTORALE POLITIKFELDER

Trotz des herausragenden Handlungsdrucks fanden die Ziele einer klimafreundlichen, klimaresilienteren Landwirtschaft lange keinen Eingang in die internationale Klimadiplomatie. Dies liegt darin begründet, dass es bisher neben der Reduzierung der Entwaldung keine sektoralen Verhandlungsfelder gibt. Vielmehr wird unter dem Dach der UNFCCC (United Nations Framework Convention for Climate Change; UN Klimarahmenkonvention) der Rahmen für globale Ziele und internationale Kooperation beschlossen. Sektorale Ziele und Maßnahmen erfolgen dann

kontextspezifisch durch die einzelnen Vertragsstaaten und werden regelmäßig an das UN Klimasekretariat berichtet.

Landwirtschaftliche Ziele und Maßnahmen sind jedoch häufig Teil von Projekten der internationalen Klimafinanzierung oder der nationalen Klimastrategie für Klima- und Waldschutz sowie die Anpassung an die Klimakrise. Etwa Anpassungsprojekte über den Anpassungsfonds (Adaptation Fund, AF) oder Nachhaltige Landwirtschaft zum Schutz der Wälder unter „REDD+“ (Reducing Emissions for Deforestation and Degradation) sowie dem GCF („Green Climate Fund“; Grüner Klimafonds). Zudem legen die Vertragsstaaten in ihren freiwilligen nationalen Klimastrategien, die „Nationally Determined Contributions; NDCs“ vor, in denen sie auch sektorale Politiken für Klimaschutz und Anpassung im Bereich Landwirtschaft und Ernährung beschreiben können. Mit zunehmenden verheerenden Folgen der Klimakrise nehmen auch Ernteausfallversicherungen und andere Ansätze zum Ausgleich nicht mehr vermeidbarer Schäden und Verluste (Loss and Damage) an Bedeutung zu.

Viele Vorhaben im Rahmen der Klimapolitik wie der Anbau von oft wenig klimafreundlichem Agrosprit, Aufforstung und Wiederaufforstung sowie große Wasserkraftwerke sind sehr landintensiv, verdrängen landwirtschaftliche Produktion und gehen oft mit gewaltsamen Vertreibungen der lokalen Bevölkerung und indigener Völker einher. Um dies zu verhindern, hat eine große Allianz von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften dafür Sorge getragen, dass Menschenrechte in der Präambel des Pariser Klimaabkommen Eingang gefunden

„Es wäre eine verpasste Chance, die spezifischen Herausforderungen der Ernährungssicherheit in Zeiten der Klimakrise auf die Anbauseite zu reduzieren.“

haben. Damit haben sich alle Staaten dazu bekannt, dass alle Maßnahmen der internationalen Klimapolitik auch Menschenrechte umfassend achten, schützen und gewährleisten müssen, was auch das Recht auf Nahrung umfasst.

DAS KORONIVIA WORK PROGRAMM – AUFTAKT FÜR EINE SEKTORALE UN KLIMAPOLITIK

Mit dem Koronivia Arbeitsprogramm für Landwirtschaft, Klima und Ernährung (Koronivia Work Program) wurde Landwirtschaft 2017 auf die internationale Agenda der UNFCCC gesetzt. Das „Koronivia Work Program“ umfasste bis 2022 den Austausch über Klimaschutz- und Anpassungspotenziale in den sechs Themenfeldern Böden, Nährstoffmanagement, Wasser, Viehhaltung, Anpassung und die sozioökonomische Dimension des Klimawandels im Agrarsektor. Zu den Workshops konnten die einzelnen Vertragsstaaten eigene Expertise und Erfahrungen einbringen oder Expert*innen aus Wissenschaft, indigene und lokale Gemeinschaften, NROs oder auch Vertreter*innen von Agrarkonzernen einladen. Dieser Prozess wurde auch von der FAO unterstützt. So verband die FAO damit die Hoffnung, die Klimapolitik könne die Transformation der Landwirtschaft und Ernährungssysteme vorantreiben sowie Synergien und unerwünschte Nebeneffekte zwischen Anpassung, Klimaschutz und Produktivität wirksam adressieren. Der Prozess lag in der Hand der technischen Beratungsorgane, die regelmäßig an die politischen Verhandler*innen berichteten. Bis 2021 sollte es mit konkreten Beschlüssen abgeschlossen sein, was sich aber bis zur COP 27 im Ägyptischen Sharm-El-Sheikh im November 2022 zog.

DER LANGE VERHANDLUNGSWEG BIS SHARM-EL-SHEIKH FOKUS KLIMASCHUTZ ODER ANPASSUNG

Die Verhandler*innen stritten wie auch in den Vorjahren darum, ob Anpassung und Klimaschutz neben der Ernährungssicherheit gleichberechtigt im Fokus stehen sollte. Dies scheint verwunderlich, da eine krisensichere Landwirtschaft sowohl dem Klimaschutz als auch der Resilienz gegenüber klimatischen und anderen Schocks dienen muss. Doch für viele Staaten, wie etwa Indien, ist es schlichtweg eine Frage des Prinzips:

„Wenn der globale Norden nicht ausreichend Klimaschutz betreibt und an unnötigen Luxusemissionen festhalte, warum sollte ausgerechnet die Nahrungsmittelproduktion im Globalen Süden (Überlebensmissionen) an Klimaschutzbedingungen geknüpft sein?“

Ein Fokus auf Ernährungssicherheit und Anpassung hingegen, entspräche eher einer klimagerechten Politik, bei dem Verursacher der Klimakrise jene unterstützen, die am meisten unter ihren Folgen leiden.

Aber auch für Nichtregierungsorganisationen wie MISEREOR wäre ein Fokus auf Klimaschutz mit hohen Risiken verbunden. Während uns bekannte sinnvolle Anpassungspraxis im Anbau auch Klimaschutz-Beiträge leistet, sehen wir beim Startpunkt Klimaschutz ein Einfallstor für nicht-angepasste, technikzentrierte Ansätze, die Kleinbäuer*innen in Abhängigkeiten treiben und geringere Anpassungskapazitäten aufbauen.

FOKUS ANBAU ODER ERNÄHRUNGSSYSTEM?

Eine weitere vieldiskutierte Frage war, ob die Nahrungsmittelproduktion oder das Ernährungssystem insgesamt in den Blick genommen werden sollte. Insbesondere afrikanische Länder zögerten mit Verweis auf eine fehlende Definition von Food Systems. Es ist aber anzunehmen, dass sie auch Nachteile durch die Erweiterung des Fokus fürchteten. Zum Verständnis muss man sich vor Augen führen, dass die Vereinbarung eines Tages auch die Klimafinanzierung beeinflussen könnte. Diese fließt derzeit v.a. in Klimaschutz statt in Anpassung. Zudem begünstigt sie v.a. Schwellenländer, da diese in der Lage sind, große Projekte zu entwickeln und entsprechend der hohen Anforderungen vorzulegen. Zudem wird ein Großteil der Gelder als Kredit vergeben und nicht als Schenkung. Die Einbeziehung der Lieferkette hätte ggf. mehr Klimamittel für Klimaschutz zur Folge und weniger für Anpassung. Zudem könnten asiatische Schwellenländer abermals überproportional profitieren. Diese Bedenken sind ernst zu nehmen. Gleichzeitig wäre es eine verpasste Chance, die spezifischen Herausforderungen der Ernährungssicherheit in Zeiten der Klimakrise auf die Anbauseite zu reduzieren. So könnte zum Beispiel die Reduzierung von Nachernteverlusten und Lebensmittelverschwendung den globalen Flächenbedarf und damit Landkonflikte verringern, was angesichts schrumpfender Anbaugebiete durch z.B. Dürren oder Anstieg des Meeresspiegels sowie des Bedarfes nach intakten Ökosystemen an Bedeutung nicht zu unterschätzen wäre. Zudem würde der systemische Blick auch die Bekämpfung von Hunger, Mangelernährung lenken und Fragen nach Good Governance integrieren.

DURCHBRUCH IN ÄGYPTEN: ERNÄHRUNG ALS SEKTORALES POLITIKFELD IN DER KLIMAPOLITIK

Die technischen Beratungsgremien bereiteten für Sharm-El-Sheikh einen Beschluss vor, der – nicht zuletzt aufgrund des großen Interesses der COP Präsidentschaft Ägyptens hartnäckig auf

„Mit diesem Beschluss gelangte das Thema Ernährung erstmals auch in eine Abschlusserklärung eines Klimagipfels.“

der Tagesordnung blieb, bis nach 20 Verhandlungsstunden das Arbeitsprogramm für die Umsetzung von klimabezogenen Aktivitäten zu Landwirtschaft und Ernährungssicherheit (Joint Work on implementation of climate action on agriculture and food security) vorlag.

Das Programm betont den Beitrag der Kleinbauernfamilien für die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre besondere Verwundbarkeit. Zudem weist es auf ihre besonderen Potenziale für Klimaschutz und Anpassung hin. Angesichts der weit verbreiteten Vorstellung, Bäuer*innen bräuchten vor allem Beratung von außen ist dies ein sehr wichtiges Signal. Vermisst wird im Abschlusstext hingegen – trotz breiter Unterstützung vieler Regierungen – ein Bekenntnis zur „Agrarökologie“, welches es zwischenzeitlich während der COP 26 in Glasgow in den Text geschafft hatte. Was aber bleibt ist das Bekenntnis zu vielen Prinzipien der Agrarökologie: etwa Bodenschutz und Vielfalt auf der Anbauseite sowie Partizipation und Rechte lokaler Bevölkerung wie auch indigener Völker aus der sozio-ökonomischen Perspektive. Zudem wird die Ernährungssicherung besonders priorisiert. Ein weiterer Erfolg: Mit diesem Beschluss gelangte das Thema Ernährung erstmals auch in eine Abschlusserklärung eines Klimagipfels.

VIELE LANDWIRTSCHAFTS- INITIATIVEN AM RANDE DER COP

Auch abseits des offiziellen Verhandlungsgeschehens nahmen die Themen Landwirtschaft und Ernährung gegenüber früheren Verhandlungen einen hohen Stellenwert ein. So fanden viele Side Events zum Thema Eingang in das offizielle Side Event Programm sowie in die Pavillons der Mitgliedsstaaten und internationaler Organisationen. Zudem wurden einige neue Initiativen bekannt gegeben: Die von NRO als sehr kritisch eingestuften „Global Fertilizer Challenge“ und die „Agriculture Innovation Mission for Climate (AIM for Climate)“ (Innovationsmission für Landwirtschaft) sowie das Prestigeprojekt der ägyptischen Ratspräsidentschaft, die „Food and Agriculture for Sustainable Transformation Initiative (FAST)“ (Initiative zur Nachhaltigen Transformation der Ernährung und Landwirtschaft), die gemeinsam mit der FAO erarbeitet wurde. Sie soll Qualität und Quantität der Klimafinanzierung für das Ernährungssystem erhöhen.

ES BRAUCHT EINE WACHE ZIVILGESELLSCHAFT

Am Ende ist es die Verantwortung aller Vertragsstaaten, ihre Politiken und Maßnahmen so aufzustellen, dass gute Ernährung auch in der Klimakrise für alle möglich ist und dabei die Produktionsfaktoren Klima, Boden und Wasser geschont bleiben. Und es ist die Verantwortung der Verursacher der Klimakrise,



Stolz hält Bauer Prem aus Sri Lanka eine Reispflanze hoch, an deren Ähren bis zu 1.000 Reiskörner hängen, bei seinem Nachbarn nur ca. 200 – obwohl der Kunstdünger und chemisch-synthetische Pestizide im Reisanbau verwendet.

Foto: Wolter/Misereor

dies in anderen Ländern zu unterstützen. Das Programm „Sharm el-Sheikh Joint Work on Implementation“ vereint dafür starke Prinzipien, hinter denen sich Bauern-, Menschenrechts und Entwicklungsorganisationen durchaus versammeln können. Wenn diese zum Wegweiser für nationale Antworten werden und als Maßstab für die internationale Finanzierung von Klimaschutz, Anpassung sowie Wiederaufbau nach Naturkatastrophen im Agrarbereich angelegt würden, wäre viel für Kleinbauernfamilien weltweit und für den Klimaschutz gewonnen. Doch diese Chance kann sich auch ins Gegenteil verkehren. Die wesentlichen Risiken sind:

- 1. Die große Relevanz, welche das neue Arbeitsprogramm den Kleinbauernfamilien zuschreibt, vermag von der Verantwortung von Regierungen und transformativer Politik abzulenken, welche auch die Agrarkonzerne und Großen Agrarbetriebe in die Verantwortung nehmen muss.**
- 2. Die Klimagipfel werden als relevantes Einflussgebiet internationaler Agrarkonzerne wahrgenommen und zunehmend genutzt. Allein die fünf größten Pestizidhersteller waren in Ägypten mit 26 Personen vor Ort. Das sind im Vergleich zu den fünf bis sechshundert Lobbyisten der Fossilen Industrien wenig, aber immer noch mehr Personen als manche Delegation eines Staates aus dem globalen Süden umfasst.**
- 3. Dem gegenüber sind nach wie vor wenige NRO Vertreter*innen mit spezifischer Expertise zu Ernährungssouveränität, Agrarökologie, Pastoralismus, Menschenrechte bei den internationalen Klimaverhandlungen präsent bei gleichzeitig steigender Bedeutung.**

„Klimafonds sowie Nationale Klimapläne können in Süd wie Nord wichtige Weichenstellungen definieren, die wesentlich konkreter und schneller wirken als die internationalen Verhandlungen.“

AUSBLICK AUF DIE COP 28

Gerade die kommende Vertragsstaatenkonferenz unter dem Vorsitz der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) steht unter erhöhten Risiken für gerechte Ernährungspolitik in Zeiten der Klimakrise. Denn die VAE haben selbst kein Interesse daran. Sie stellen Ammonium und Energie für die mineralische Stickstoffproduktion weltweit bereit und engagieren sich bisher für eine energieintensive Landwirtschaft. Die Präsidentschaft kann in ihrer Rolle die Tagesordnung beeinflussen und damit Prioritäten im Verhandlungsprozess verschieben und durch die Verteilung von Zeiten und Räumen die Sichtbarkeit und Handlungsfähigkeit einzelner Akteure nach Belieben fördern. Insofern ist es dringend geboten, Medienvertreter*innen, Verhandler*innen und Regierungsvertreter*innen auf diese Risiken hinzuweisen. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die Klimadiplomatie ein sehr langsamer Prozess ist und nicht zu viele Ressourcen eingesetzt werden sollten.

Die oben erwähnten Klimafonds sowie die Nationalen Klimapläne können in Süd wie Nord wichtige Weichenstellungen

definieren, die wesentlich konkreter und schneller wirken als die internationalen Verhandlungen. Wer dafür Sorge tragen möchte, dass die von der FAO erhofften Synergien zwischen Klima- und Ernährungspolitik tatsächlich genutzt werden, sollte diese Prozess begleiten, andere motivieren, oder derartige Lobby- und Advocacy-Arbeit aktiv fördern.

Guter Überblick über Herausforderung Hunger mit einer Reportage über lokal angepasste Reissorten:
[Jahresheft Welternährung 2021 von Misereor](#)



AUTOR*IN

Anika Schroeder ist Diplom Umweltwissenschaftlerin und Referentin für Klimapolitik bei der Entwicklungsorganisation Misereor in Aachen. Dort setzt sie sich für mehr und vor allem gerechtere Klimapolitik in Deutschland und auf internationaler Ebene ein.

IMPRESSUM

Agrar Koordination – Forum für internationale Agrarpolitik e. V.
Nernstweg 32 · 22765 Hamburg
info@agrarkoordination.de · www.agrarkoordination.de
V.i.S.d.P & Redaktion: Mireille Remesch
Gestaltung: Nina Weinrebe | Katika Design
Druckerei: dieUmweltDruckerei GmbH

SPENDENKONTO

Forum für Internationale Agrarpolitik (FIA) e. V.
GLS Bank: IBAN DE 29 4306 0967 2029 5635 00

VIELEN DANK AN UNSERE FÖRDERER

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

GLS *Treuhand*
Zukunftsstiftung
Landwirtschaft

MISEREOR
IHR HILFSWERK



Um verteilen!
Stiftung für eine, solidarische Welt

Wegen gestiegener Kosten veröffentlichen wir ab 2023 vier Ausgaben pro Jahr zum gleichen Preis. Wollen Sie Papier & Kosten sparen? Jetzt umsteigen auf die digitale Ausgabe mit einer E-mail an: bestellung@agrarkoordination.de